

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

24. März 1948

Blatt 390

Die Budgetverhandlungen im Rathaus

Der dritte Tag der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat begann mit dem Referat des amtsführenden Stadtrates für das Wohnungswesen, Albrecht. (SPÖ.)

Er gab einen Überblick über die Zahl der Wohnungswerber und der Wohnungsbewegung im vergangenen Monat und stellte fest, daß es unmöglich wäre, all jene, die noch in einsturzfährdeten Wohnungen leben, anderswo unterzubringen. Am Anfang Februar waren 220 solche Fälle vorgemerkt. Diese haben sich im Laufe des Monats Februar um 96 erhöht, während nur 23 Neueinweisungen möglich waren, so daß am Ende des Monats Februar 293 dringende Fälle mit Einsturzgefahr übrig blieben. Auch die Zahl der Fälle wegen Obdachlosigkeit hat sich erhöht, weil zu den am Monatsbeginn vorhandenen 730 Fällen 171 dazu kamen, während nur 44 erledigt werden konnten. Hinsichtlich der Delogierungen, die zu meist dann notwendig sind, wenn festgestellt wird, daß sich Leute im Jahre 1945 oder später unberechtigt in fremde Wohnungen gesetzt haben, ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Zugänge waren auch hier geringer als die Abgänge, so daß am Monatsende noch 2.119 Fälle zur Erledigung verblieben. Nur dort, wo das Gesundheitsamt nach Anlegung des strengsten Maßstabes festgestellt hat, daß ein weiteres Zusammenwohnen besonders gesundheitsgefährdend ist, konnte eine Verminderung des Bedarfes erreicht werden. Es gab zu Ende Februar noch 81 solcher Fälle. Zusammen handelt es sich um 3.350 Wohnungsansuchen, die der dringendsten Erledigung bedürfen, wo aber keine gesetzliche Möglichkeit besteht, sie einem den Bedingungen entsprechenden Hausherrenvorschlag entgegenzusetzen.

Eine zweite Kategorie dringender Fälle sind Wohnungsansuchen, wo durch Überbelag sanitäre und moralische Schäden zu

erwarten sind, Fälle von schweren Krankheiten, ferner jene Sonderaufträge, wo im öffentlichen Interesse Ärzte, Diplomaten, Anwälte und Künstler untergebracht werden sollen. Auch hier handelt es sich zusammen um ungefähr 2.265 dringende Fälle. Dazu kommen alle sonstigen Wohnungsansuchen der Klasse I, die seit Anfang Februar von 19.781 auf 20.089 gestiegen sind. Die Addition aller angeführten Bedarfsgruppen ergibt somit, daß 25.704 Wohnungsansuchen mit der Dringlichkeitsstufe I noch zu erledigen sind.

Der Stadtrat richtete an die Presse das Ersuchen, ihm alle Fälle, die den Redaktionen zur Kenntnis kommen, mitzuteilen; die Fälle werden überprüft und die Zeitungen von dem Untersuchungsergebnis benachrichtigt werden. Ich glaube das ist der bessere Weg, um den Wohnungslosen zu helfen.

Außer diesen in der Klasse I befindlichen Fällen haben wir noch solche, die der Klasse II angehören. Es waren 8.177, zu denen im Februar 604 dazukamen und von denen 187 erledigt wurden, sodaß der Stand am Monatsende 8.594 betrug. Diese Fälle können nicht durch einen Hausherrenvorschlag eingebracht werden, sondern sie haben nur Anspruch darauf als Untermieter bevorzugt behandelt zu werden. Das sind vor allem junge Ehepaare, von denen der Mann oder die Frau bei den Eltern gelebt haben. Das sind jene, die leider denen in die Hände fallen, die aus der heutigen Wohnungsnot Kapital schlagen. Hier kann nur durch den Wohnungsbau geholfen werden. Der Wiederaufbau soll allen jenen gewidmet sein, die ihre Wohnung verloren haben. Der Neubau aber soll den jungen Ehepaaren zugute kommen, die eine Familie gründen wollen.

Ansuchen von Untermietern hatten wir 4.618, dazu kamen im Februar 50 und erledigt wurden 36, sodaß 4.632 verbleiben. Wir haben in Wien eine große Anzahl von unterbelegten Wohnungen. Bereits im Jahre 1946 haben wir einen Entwurf eines neuen Wohnungsanforderungsgesetzes an das Sozialministerium weitergegeben. In diesem Entwurf ist eine Bestimmung enthalten gewesen, daß wir in jenen Fällen, wo eine Wohnung unterbelegt ist, die Möglichkeit der Zwangsummietung haben sollen. Diese Bestimmung wurde sehr bekämpft. Ich verstehe, daß sich jeder in seiner eigenen Wohnung allein bewegen will. Angesichts der herrschenden

Not sollte man aber doch etwas mehr Verständnis aufbringen. Mein Appell geht daher an die Besitzer von Wohnungen, die größer sind als sie sie brauchen. Sie mögen der Not der Zeit Rechnung tragen und Untermieter aufnehmen.

Der Wohnungswechsel ist nur unbedeutend. In der Klasse III hatten wir 320 Ansuchen, sodaß sich eine Gesamtsumme von 39.627 Fällen ergibt.

Im letzten Monat sind 217 Fälle von Einsprüchen eingelaufen, davon wurden 155 erledigt. 1547 Rechtsfälle sind aber noch anhängig.

Insgesamt sind im Vorjahre 8341 freiwerdende Wohnungen gemeldet worden und in 8717 Fällen wurden Anforderungsbescheide erlassen.

Die Wohnungstauschabteilung ist eines jener Ämter, das am meisten Zuspruch hat. Sie hat 4864 Wohnungstausche vermittelt.

Zur Frage der Wohnungsbeschlagnahmen übergehend, stellte der Stadtrat fest, daß mit dem Stichtag vom 29. Februar 5678 Wohnungen beschlagnahmt waren. Darunter 1352 Untermieten, 175 Villen, 48 Hotels, 22 Kaffeehäuser und Restaurants, 50 Geschäftslokale, 68 Garagen, 4 Schulen, 20 Büros, 41 sonstige Objekte und 24 Häuser. Der am meisten betroffene Bezirk in Wien ist der 4. Bezirk.

Es wird Klage geführt, daß von Untermietern überhohe Untermietzinse verlangt werden. Jeder, der der Meinung ist, daß er durch seinen Wohnungsgeber überhalten ist, kann sich zwecks Überprüfung an das Preisbestimmungsamt der Gemeinde Wien wenden. Besonderer Dank gebührt der Wohnungskommission, die in uneigennützigster Weise bemüht ist, ihre Entscheidungen in allen Fällen nach bestem Wissen und Gewissen und nach Gerechtigkeit zu treffen. Eine teilweise Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt kann vielleicht dadurch geschaffen werden, daß wir im Wege einer Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes die Möglichkeit erhalten, etwas härter zuzugreifen, eine wirkliche Erleichterung aber wird erst durch einen forcierten Neu- und Wiederaufbau eintreten. Von der Wohnungserverwaltung der Gemeinde wurden im Jahre 1947 71.817 Wohnungen und 4.244 Geschäftslokale verwaltet.

Die Gemeinde Wien hat in den städtischen Wohnhäusern seit Kriegsende 18.173 Wohnungen wieder bewohnbar gemacht. Dazu kommen noch 129 von Mietern aus eigenen Mitteln instandgesetzte Wohnungen, insgesamt also 18.302 Wohnungen. 9.122 davon sind bereits völlig fertig, 9.180 stehen in Arbeit.

Für Siedlungszwecke stehen an städtischer Grundfläche 5.429.270 m² zur Verfügung, auf denen sich 7.710 Siedlungshäuser in 38 Anlagen befinden. Für Kleingartenzwecke sind städtische Grundflächen im Ausmaß von 6.342.000 m² an rund 27.000 Kleingärten verpachtet. Die Vergabungen im Rahmen der Ernteländaktion haben nur vorübergehenden Charakter und sollen keine dauernden Anlagen werden. Es besteht jedoch die Absicht, in diesem Jahre wieder möglichst viel Grund für Kleingartenzwecke zu erfassen, bei dessen Vergabung in erster Linie jene Ernteländler berücksichtigt werden sollen, die den ernstesten Willen haben, fürdauernd Kleingärtner zu werden. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

In der Spezialdebatte sprach als erster GR. Maller (KPÖ). Er führte u.a. aus: Gerade der Bericht des Stadtrates Albrecht zeigt, daß das von der KPÖ verlangte Wohnbauprogramm endlich verwirklicht werden sollte. Es handelt sich dabei nicht um eine parteipolitische Angelegenheit, sondern es geht um das Familienglück Zehntausender. Der Redner stellte fest, daß ^{die} derzeitige Wohnungspolitik der Gemeinde Wien eine ernste Gefahr für den Mieterschutz und das Wohnungselend eine große Gefahr für unsere Volksgesundheit bedeutet.

Eine andere Gefahr, die geeignet ist, die Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt noch zu vergrößern, seien die Hausherrenvorschläge. Herr Stadtrat Albrecht hat einmal in einer Ausschusssitzung berichtet, daß ungefähr 80 bis 90% der leer gemeldeten Wohnungen durch Hausherrenvorschläge vergeben werden. Ähnlich ist es mit den §3-Wohnungen. Auch hier wird selten der wirklich Bedürftige in den Besitz einer solchen Wohnung bekommen, sondern derjenige, der die nötigen Mittel zum Aufbau einer Wohnung hat. Der Redner ist der Auffassung, daß ein verantwortungsbewußt geführtes Wohnungsamt seine ganze Autorität einsetzen müßte, um hier Abhilfe zu schaffen.

Bezüglich des von den Alliierten beschlagnahmten Wohnraumes, sollte sich die Gemeinde Wien an alle vier Mächte wenden, damit wenigstens ein Teil der von ihnen beschlagnahmten 48 Hotels und 175 Villen freigegeben werde.

In der letzten Zeit sollen sich die Fälle häufen, in denen Wohnungssuchende wohl den Einweisungsschein in Händen haben, aber diese Wohnung dann schon von einer anderen Familie besetzt finden. Das Wohnungsamt sollte nur dann Einweisungen tätigen, wenn die Wohnung auch tatsächlich frei ist.

Das Wohnungsamt sollte in Zukunft mehr auf die Ruinenbewohner achten. Es geht nicht an, daß Menschen in Ruinen hausen, deren Bewohnung von der Baupolizei als lebensgefährlich bezeichnet wurde. Diese Personen müßten ehestens in sichere Wohnungen untergebracht werden.

Zur Frage des Erntelandes verlangt GR. Maller, es sollten feststehende Kündigungsstermine geschaffen werden. Wenn feststeht, daß auf einem Grundstück erst in 3 bis 4 Jahren gebaut wird, dann sollte bis zu diesem Zeitpunkt ein Pachtvertrag abgeschlossen werden. Der Pächter sollte dann das Recht haben, auf dem Grundstück sowohl eine Hütte zu bauen, als auch Bäume und Sträucher zu pflanzen. Die Vorsorge für eine geeignete Wasserversorgung sollte ebenfalls gestattet werden. Im Pachtvertrag sollte dann eben die Bestimmung enthalten sein, daß er nach Ablauf desselben, ohne Anspruch auf Rückvergütung der aufgewendeten Mittel, auf sein Grundstück verzichten müßte.

Abschließend forderte GR. Maller die rascheste Forcierung der Bautätigkeit und die Durchführung des von der KPÖ geforderten Wohnbauprogramms.

GR. Schwaiger (ÖVP) verwies auf die ungeheure Wohnungsnot, die den Zahlen des Stadtrates Albrecht zu entnehmen ist. Es müsse bei der Bewirtschaftung der Wohnungen immer mehr Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, daß jeder Bürokratismus ferngehalten wird. Was das Tauschreferat betrifft, so rieche es dort sehr nach Amtsschimmel. Seiner Ansicht nach, wäre es ganz überflüssig, wenn das Wohnungsamt sich auch dort noch einzumischen versucht, wo sich bereits zwei Tauschpartner gefunden haben.

Für die Beseitigung der Wohnungsnot gebe es seiner Ansicht nach nur ein Mittel: Bauen, bauen und wieder bauen! Als Vertreter der ÖVP freue es ihn, daß in diesem Budget 90 Millionen Schilling für den Neubau von Wohnungen eingesetzt sind und damit wenigstens eine der beiden großen Parteien im Zusammenwirken mit der anderen in die glückliche Lage versetzt wird, mit der praktischen Durchführung ihres Wahlprogramms zu beginnen.

Die Österreichische Volkspartei ist bereit, auch in Zukunft alles zu unternehmen, um den Wohnbau zu fördern. Eines muß aber die SPÖ zur Kenntnis nehmen: Es darf niemals mehr vorkommen, daß diese Arbeiterhäuser, die aus den sauer verdienten Kreuzern der gesamten Bevölkerung errichtet werden, sozialistische Hochburgen sein dürfen. (GR. Marek: "Es ist empörend! Immer wieder die alte Walze!")

Weiter ist es unerträglich, daß freiwerdende Wohnungen nicht nach Parteizugehörigkeit, sondern nur nach Bedürftigkeit vergeben werden dürfen. (Beifall bei der ÖVP.) Diese Bedürftigkeit wird heute auf Grund einer Punktebewertung gemessen. Wie alle schematischen Lösungen, hat auch diese ihre Mängel. Sie sieht unter anderem vor, daß den minderbelasteten Nationalsozialisten 20 Punkte in Abzug gebracht werden. Die ÖVP hat seit 1945 in der Frage der Behandlung der Nationalsozialisten eine eindeutige Haltung eingenommen. Durch den Abzug dieser 20 Punkte wird aber nicht nur der registrierungspflichtige minderbelastete Nationalsozialist, sondern auch seine Familie, seine Kinder betroffen, die nichts dafür können, daß ihr Vater einmal einen politischen Irrtum begangen hat. (Beifall bei der ÖVP.) GR. Schweiger beantragte sodann die Aufschiebung der Kommissionierung solcher Naziwohnungen bis zur Erledigung des Amnestiegesetzes.

Der Redner kam dann auf die Hausherrenvorschläge zu sprechen und war der Ansicht, daß eine Möglichkeit gefunden werden müßte, um über diese Bestimmung hinwegzukommen. Doch nur unter der Voraussetzung, daß auch die Gemeinde Wien in ihren Häusern sogenannte allerdringendste Fälle unterbringt und daß das Dunkel über die Methode der Einweisungen in Gemeindewohnungen endlich gelüftet wird. Er stellte ferner fest, daß für solche Einweisungen eine eigene Registratur geschaffen wurde. (Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.)

GR. Schweiger beantragte sodann, daß mit den 7.000 Siedlern auf Gemeindegrund ein Baurechtsvertrag abgeschlossen werde.

Der Redner richtete an GR. Maller die Aufforderung, gegen Wohnungsbeschlagnahmen und selbständige Einweisungen durch eine Besatzungsmacht in einzelnen Wiener Bezirken einzuwirken.

Am Schluß seiner Ausführungen unterstrich GR. Schweiger die Notwendigkeit des Wiederaufbaugesetzes. Es wäre ein Prüfstein und eine Bewährungsprobe für unsere junge Demokratie. Wenn sie bestanden wird, so wird es auch möglich sein, die Wohnungsnot in Wien zu meistern.

Sodann meldete sich Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) zum Wort, der bezugnehmend auf den Zwischenruf eines sozialistischen Gemeinderates, feststellte, daß sich die ÖVP seit der Befreiung Österreichs immer anständig darum bemüht hat, zu einer weitgehenden Zusammenarbeit mit der größeren Partei dieser Stadt zu kommen. Zu dem sachlichen Antrag des Gemeinderates Schwaiger wurde ein Zwischenruf gemacht, der sich nur auf die ehemaligen Nationalsozialisten und die Volkspartei beziehen kann. Er stellte deshalb die Anfrage an den Bürgermeister, ob er von der Geschäftsordnung Gebrauch machen und dem betreffenden Gemeinderat den Ordnungsruf erteilen wolle. Es wäre der Zusammenarbeit nicht zuträglich, wenn es der Bürgermeister zuließe, daß ein Mitglied des Hauses die Volkspartei mit solchen häßlichen Worten beschimpft.

Bürgermeister Dr. h. c. Körner entschuldigt sich, daß er diesen Ausspruch nicht gehört habe und deshalb den Ordnungsruf nicht erteilen könne. Er gab aber seinem Bedauern Ausdruck, daß unpassende Ausdrücke gefallen seien.

Vizebürgermeister Weinberger nahm diese Erklärung mit Dank zur Kenntnis.

Nach diesem Zwischenfall sprach Gk. Swoboda im Namen der Sozialistischen Fraktion. Er führte unter anderem aus: "Mit großer Besorgnis müssen wir beim Wohnungswesen feststellen, daß sich die Verhältnisse gewaltig verschlechtert haben. Aus dem Bericht des Wohnungsreferenten geht hervor, daß von 40.000 Akten, die derzeit behandelt werden, über 6.000 Notstandsfälle sind. Trotzdem ist die Gemeinde nicht in der Lage, diese Fälle irgendwie günstig zu erledigen. Nur das so lang ersehnte Wiederaufbaugesetz würde die Möglichkeit schaffen, diesen Notstand zu beheben. Die Gemeinde Wien hat sich zwar entschlossen, mit allen Mitteln den sozialen Wohnhausbau zu betreiben, es ist aber auch bekannt, daß die Mittel derzeit leider sehr gering sind.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Redner an die Mitteilung des Stadtrates Albrecht, daß die Besatzungsmächte heute noch immer eine große Zahl von Wohnungen beschlagnahmt haben. In einigen Tagen werden wir den dritten Jahrestag der Befreiung unseres Landes vom Faschismus feiern können. Drei Jahre nachher haben aber ausländische Truppen noch immer unseren Wohnraum, den wir so dringend benötigen, beschlagnahmt. Man müsse vor aller Öffentlichkeit an die Alliierten den Appell richten, uns endlich unsere Wohnungen zurück zu geben. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Er habe Verständnis dafür, daß fremde Truppen, wenn sie jahrelang in einem Land sind, das Bedürfnis haben, mit ihren Angehörigen zusammen zu sein. Aber es ist für uns beschämend, daß wir nach drei Jahren noch immer nicht als mündig erklärt wurden. Wir sind unseren Befreiern viel Dank schuldig, aber wir wollen sie als Militärmacht längst verabschiedet sehen. Als Gäste sind sie uns herzlich willkommen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Dann richtete GR. Swoboda an den Stadtrat das Ersuchen, daß man im Zuge des sozialen Wohnhausbaues auch die Förderung des genossenschaftlichen Bauwesens nicht vergessen möge. Gleichzeitig gab er seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Schaffung von Kleingartenanlagen großes Interesse zugewendet werde.

In seinen weiteren Ausführungen wendete sich der Redner ^{der} dann für die Bevölkerung unbegreiflich scheinenden Tatsache zu, daß einerseits die Gemeinde nicht einmal den dringendsten Wohnungsbedarf befriedigen kann und es andererseits Menschen gibt, die sich ausgesprochenen Wohnluxus leisten können. Er machte den Vorschlag, eine entsprechende Steuer für solche Fälle zu bestimmen, um so wenigstens einen Teil dieser Menschen zu veranlassen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Machten sie es trotzdem nicht, so könnten wenigstens aus dieser Steuer dem sozialen Wohnbau Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Des weiteren nahm GR. Swoboda zu den Delogierungen Stellung und bat den entsührenden Stadtrat, es durch Beratungen mit den zuständigen Stellen zu ermöglichen, daß für die Zeit des Notstandes hier eingegriffen wird. Es sollte nicht mehr möglich sein, Familien, die 1945 in eine Wohnung eingewiesen wurden, nun daraus zu vertreiben, weil der rechtmäßige Besitzer jetzt wieder in die Stadt zurückkehren wolle.

Der Redner richtete auch an Stadtrat Albrecht das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Jugendheime der Sozialistischen Partei, die vielfach noch von anderen Parteien belegt sind, zurückgegeben werden. Er bat auch, die Gartenanlagen in den Wiener Gemeindehäusern, die vielfach zu Ernteländzwecken benutzt wurden, wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen. Gleichfalls möge man die Zentralwaschküchenanlagen wieder instandsetzen.

Ein anderer Vorschlag des Redners betrifft die Wiedereinführung einer modernen Hausordnung in den Gemeindehäusern.

Wir wissen, sagte GR. Swoboda, daß die Gemeindeverwaltung derzeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und daß nicht schlagartig eine Besserung eintreten kann. Unsere Arbeit wird aber nur gelingen, wenn alle Parteien zusammenarbeiten. Eine große Zahl von Fragen wird aber nicht hier sondern im Parlament entschieden. Er richte daher an die Gemeinderäte der ÖVP die Bitte, sie mögen auf ihre Parteigenossen im Parlament Einfluß nehmen, daß es Wien möglich wird, wieder gesunde Verhältnisse zu schaffen.

Dann ging der Redner auf die Ausführungen des GR. Schwaiger näher ein, der behauptete, daß die Vergebung von Gemeindewohnungen nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen werde. Er erinnerte daran, daß seit 1934 viele sozialistische Mieter aus den Gemeindewohnungen ausziehen mußten und stellte fest, daß wohl in erster Linie diesen Menschen ihre Wohnungen zurückgegeben werden müßten. (Beifall bei der SPÖ.) Schließlich hat die Sozialistische Partei in dieser Stadt die Mehrheit und es sei daher kein Verbrechen, wenn mehr Sozialisten in den Gemeindebauten wohnen. (Zwischenruf bei der ÖVP: Hat niemand behauptet!)

Auf das kommunistische Wohnbauprogramm übergehend, betont der Redner, daß dieses vom Gesichtspunkt des Geldbedarfes, des Materials und der Arbeitskräfte nicht durchführbar sei. Dieses Programm sei wahrscheinlich auch von der KPÖ nur als Potemkin'sches Dorf gedacht gewesen. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Wenn in Wien auch jetzt noch desolate Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt bestehen, so ist dies nicht Schuld der Gemeindeverwaltung. Die Arbeit kann auf diesem Gebiete nicht durch sinnlose Kritik, sondern nur dadurch geleistet werden, daß man mithilft, aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Wenn alle zusammenarbeiten, werden wir langsam, aber sicher dahin kommen, daß die Wiener Bevölkerung auch auf diesem Gebiete schöneren Tagen entgegengeht. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat Albrecht erwidert in seinem Schlußwort zuerst auf die Ausführungen des GR. Maller. Eine aktenmäßige Überprüfung der Wohnungensuchen sei notwendig, da man vielfach auf schwindelhafte Angaben gestoßen sei. Durch diese werde der Aktenlauf nur noch komplizierter. Die sogenannten Hausherrenvorschläge sind heute schon geringer geworden. Tatsächlich sind es ja meistens nicht die Hausherrn, die diese Vorschläge erstatten, sondern die Hausverwalter, die aus bestimmten Gründen ihre Vorschläge durchbringen wollen. Ein bedeutender Teil der Vorschläge wird aber nach genauer Prüfung abgewiesen. Es müßte eine Bestimmung geschaffen werden, daß diese Hausherrenvorschläge überhaupt abgelehnt werden können.

gegen Ablehnungsbeseheide sollten nicht immer wieder Beschwerden an das Ministerium eingebracht werden, die zu langem Leerstehen von Wohnungen führen.

Dem Wunsch des GR. Maller, die Alliierten mögen die Hotels und Villen freigeben, setzt Stadtrat Albrecht die Forderung entgegen, es mögen alle Villen und alle Wohnungen freigegeben werden. (Allgemeiner Beifall.) Es besteht auch heute noch ein grosser Mangel an Hotelzimmern. Das Problem der Ruinenbewohner wird dadurch kompliziert, daß Ruinenwohnungen immer wieder von neuen Bewohnern bezogen werden, wenn dem Vorgänger eine Wohnung zur Verfügung gestellt werden konnte. Das Punktesystem entspricht in keiner Weise mehr, und die Wohnungskommission weiß genau, daß sie sich nicht daran halten kann. Es wird nur aufrecht erhalten, weil es gesetzlich festgelegt ist, doch kommt es nur in beschränktem Ausmaß zur Anwendung.

Eine Kündigung des Erntelandes gibt es nicht, es werden nur unter bestimmten Umständen die Benützungsbewilligungen nicht mehr erteilt. Der Wunsch, man möge das Ernteland dort, wo bekannt ist, daß auf Jahre hinaus nicht gebaut wird, auf mehrere Jahre vergeben, wird beraten werden.

Bezüglich des Tauschreferats hebt der Stadtrat hervor, er habe noch nie so viele Dankschreiben als wegen der von diesem Referat geleisteten Arbeit bekommen. Das Tauschreferat müsse für die Zeit der Not im Interesse der Bevölkerung und der Wohnungsbedürftigen aufrecht erhalten bleiben, schon um schwindelhafte Tauschgeschäfte hintanzuhalten.

Bei Vergabung von Wohnungen in Gemeindehäusern, ist selbstverständlich auch nur die Bedürftigkeit ausschlaggebend. Die Einweisung in Gemeindewohnungen wird vielfach nach viel strengeren Gesichtspunkten vorgenommen als in Privatwohnungen. Der Referent betonte in diesem Zusammenhang, daß er nichts von einer geheimen Kartothek wisse. Auch könne er nicht sagen, wieviele Wohnungen von Besatzungsmächten tatsächlich in Anspruch genommen werden. Es werden jede Woche neue Beschlagnahmungen durchgeführt, sodaß sich eine ständige Veränderung ergibt.

Das genossenschaftliche Bauwesen wird nach Möglichkeit unterstützt werden.

Es wurde auch davon gesprochen, daß die Alliierten bei vielen Wohnungsvergaben Einspruch erheben. In manchen Fällen

kommt es vor, daß, bevor noch das Wohnungsamt von dem Freiwerden einer Wohnung Kenntnis erhält, die Alliierten schon eine Einweisung vorgenommen haben. Der Referent hat daher angeordnet, daß eine freiwerdende Wohnung sofort wohnbehördlich gesperrt wird, sodaß sie auch nicht von den Alliierten oder von ihnen begünstigten Personen bezogen werden kann. Das Wohnungsamt wird jedenfalls solche Einweisungen nach Möglichkeit baldigst wieder rückgängig machen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Herr GE. Svoboda hat über den noch immer bestehenden Wohnungsluxus gesprochen. Wir alle wünschen, möglichst angenehm zu wohnen, denn je höher die Wohnkultur, desto höher ist die Kultur eines Volkes. Es geht aber nicht an, daß ein Wohnraum unbenutzt bleibt, oder nur als Möbelmagazin und zur Unterbringung von Schleichhandelsware verwendet wird. Es wurde daher in einem zweiten Antrag zur Novelle des Wohnungsanforderungsgesetzes an das Bundesministerium für soziale Verwaltung das Ersuchen gerichtet, gesetzlich festzulegen, daß unterbelegter Wohnraum besteuert wird.

Bezüglich der Freigabe früherer Jugendheime der Sozialistischen Partei sei bereits das Nötige veranlaßt. Es werden auch in den Gemeindebauten keine Grünflächen mehr für Ernteländzwecke vergeben, sondern diese werden wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt. Das gleiche geschieht nach und nach mit dem Ernteland in den Parkanlagen.

Die Einführung einer neuen Hausordnung in Gemeindebauten ist bereits in Angriff genommen. Jeder Hausinspektor wurde verpflichtet einen schriftlichen Bericht über den Zustand des Hauses und der Wohnungen zu machen und auch auf die bestehende Hausordnung hinzuweisen. Es ist unmöglich, daß in Wohnungen Geflügel, Ziegen usw. gehalten werden, sondern die Wohnungen müssen ohnehin wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden. Auch wird das Halten von Hunden nur in jenen Fällen bewilligt werden, wo eine absolute Notwendigkeit besteht.

Der Verkauf der beschlagnahmten Nazimöbel durch die Gemeinde ist unmöglich, da das Nationalsozialistengesetz bestimmt, daß diese Möbel Eigentum der Gemeinde Wien sind und nur verliehen werden dürfen. Der Referent warnt die Besitzer solcher Möbel vor irgendeiner Eigentumsveränderung. Der Gemeinderatsausschuß VIII hat beschlossen, für den Verleih von Nazimöbeln eine geringe Vergütung einzuhoben.

Stadtrat Albrecht betonte abschließend, obwohl die Arbeit des Wohnungsamtes von vielen Seiten bekämpft wird, glaube er, daß diese notwendig ist und in Ordnung durchgeführt wird. (Beifall.)

Damit war die Debatte über die Geschäftsgruppe "Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen" abgeschlossen.

In der Abstimmung wurden die Ansätze des ordentlichen und außerordentlichen Voanschlags des 8. Hauptstückes einstimmig angenommen und die drei von Gemeinderat Schwaiger eingebrachten Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Berichtes über die Budgetdebatte.

Tabakwarenaufruf für die 39. Versorgungsperiode
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt Niederösterreich und Burgenland geben im Einvernehmen mit der Österreichischen Tabakregie den Aufruf folgender Abschnitte der Raucherkarte 39 bekannt:

R/1 und R/2 zum Bezug von je 10 Stück "Austria 3" sowie

R/3 und R/4 zum Bezug von je 10 Stück "Austria 2".

Es wird gestattet, auf die Abschnitte R/1 und R/2 an Stelle der Sorte "Austria 3" die Sorte "Austria 2" zu beziehen, dagegen wird auf die Abschnitte R/3 und R/4 die Sorte "Austria 3" an Stelle der Sorte "Austria 2" nicht verabfolgt.

Der wahlweise Bezug von Zigarren oder, soweit vorrätig, von Tabak an Stelle der Sorten "Austria 2" und "Austria 3" ist wie bisher möglich.

Die aufgerufenen Abschnitte verfallen mit Ende der 39. Versorgungsperiode.

Die Sorten "Austria 1" und "Austria Spezial" werden weiterhin punktefrei abgegeben.

Hauskehrrichtabfuhrgebühren und Wasserversorgungsgesetz
=====

Das 5. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" vom 20. März 1948 enthält das Gesetz über Änderungen des Wasserversorgungsgesetzes 1947 und das Gesetz über die Neufestsetzung des Ausmaßes der Hauskehrrichtabfuhrgebühren. Einzelne Stücke des Landesgesetzblattes sind um 40 Groschen im Drucksortenverlag des Rathauses, 7. Stiege, Halbstock, und in der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 3., Rennweg 12a, erhältlich.

Ab Ostersonntag Ausstellung "Wien 1848"
=====

Am Samstag, den 27. März, wird im Wiener Rathaus die Ausstellung "Wien 1848", die so wie "Wien baut auf" wieder in den bewährten Schauräumen des großen Festsaales untergebracht ist, eröffnet. Die Eröffnungsfeierlichkeiten, in deren Mittelpunkt eine Rede des Bürgermeisters Dr. h. c. Körner steht, wird um 11 Uhr vormittag im Städtensatzungssaal stattfinden und durch das Radio übertragen werden.

Die Ausstellung ist ab Ostersonntag bis vorläufig Sonntag, den 30. Mai, von 9 bis 19 Uhr zugänglich. Der Eintrittspreis beträgt 1 Schilling, bei rechtzeitig angemeldeten Gruppenbesuchen 70 Groschen. Führungen finden täglich statt.

Gemüseaufruf
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 27 des Gemüsebezugsausweises erhalten alle Verbraucher über 18 Jahren ein halbes Kilogramm Karfiol nach Maßgabe der Anlieferung.

Der Abschnitt 112 des Gemüsebezugsausweises wird nur mehr bis Samstag, den 27. März, eingelöst.

Gemeinderat Dr. Robetschek übernimmt den Vorsitz.

Die Beratung des Kapitels "Wirtschaftsangelegenheiten" leitet Stadtrat Flödl (ÖVP) ein. Er sagte u.a.:

Die Allgemeine Wirtschaftslage hat im Berichtsjahre 1946/47 nach Überwindung des außerordentlich langen und kalten Winters mit seinen Kohlen- und Stromkrisen eine wesentliche Besserung erfahren, was im steten Ansteigen der Produktion deutlich zum Ausdruck kommt.

Gewisse Rückschläge in einzelnen Wirtschaftszweigen sind in erster Linie auf den Rohstoffmangel in diesen Industrien zurückzuführen, wodurch auch die Verteilung einzelner Waren gewissen Schwankungen unterworfen war, die eine glatte und reibungslose Bewirtschaftung sehr erschwerten.

Nur mit Hilfe der Alliierten war es zu wiederholten Malen möglich, Engpässe bei der Ausgabe von notwendigen Bedarfsgegenständen zu überwinden.

Nicht Unbedeutendes wurde auch durch die Erfassung von Altstoffen geleistet.

Eine weitere wirtschaftliche Besserung ist mit dem Inkrafttreten des Marshall-Planes zu erwarten.

Das neue Warenverkehrs-Gesetz schränkt den Kreis der bewirtschafteten Waren weiter ein, so fallen Möbel, Elektromaterial, Rundfunkgeräte aus der Bewirtschaftung heraus. Für die wichtigsten Sparten der Wirtschaft wurden Bewirtschaftungsstellen mit Beiräten geschaffen, in die auch die Landesregierungen Vertreter entsenden. Die Verteilung der Produktion erfolgt nach schlüsselmässigen Kontingenten.

Den wichtigsten Faktor für den Wiederaufbau der Wirtschaft bildet nach wie vor die Versorgung der Betriebe und der Bevölkerung mit Brennstoffen.

Mit Beginn des neuen Kohlenjahres wurde zum Schutze der Verbraucher ein neues Zuteilungs- und Verrechnungssystem eingeführt.

Wir werden bis zum Ende dieses Monates rund 600.000 t Kohle und Koks ausgeben, das sind um 70.000 t mehr als im Vorjahr.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß der Gesamtnormalbedarf ebenfalls gestiegen ist und 1,745.000 t beträgt.

In den Monaten April bis August war die Anlieferung für den Hausbrandsektor wesentlich geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Dies führte in den folgenden Monaten insofern zu Versorgungsschwierigkeiten als die wichtigsten Bedarfsträger wie Broterzeuger, Spitäler, Kinderhorte, Altersheime und Schulen zu Lasten anderer Bedarfsträger bevorzugt beliefert werden mußten.

Aus diesem Grunde trat auch eine Stockung in der Belieferung der Haushalte ein. Leider kann die bescheidene Menge von 300 kg bis zum Ablauf des Kohlenjahres infolge der geschilderten Umstände nicht erfüllt werden. Immerhin wurden heuer 200 kg ausgegeben, gegenüber 170 kg im Vorjahr. Dazu kommt, daß auf Grund der weitaus besseren Belieferung der Gaswerke mit Fettkohle die Gaslieferzeiten wesentlich erhöht werden konnten.

Wien hat nach den Angaben der Abteilung für Statistik vom 4.1.1948 1,730.613 Einwohner. Diese verteilen sich auf 719.976 Haushalte und zwar

- 579.956 Haushalte mit Gas und Strom,
- 140.020 Haushalte ohne Gas.

Die Haushalte, die weder über Gas noch Strom verfügen, belaufen sich auf rund 40.000.

Für das kommende Brennstoffjahr ist geplant, den gaslosen Haushalten zu den 50 kg Kochkohle die sie bisher monatlich erhalten haben, einen Zuschuß von 25 kg pro Monat zu gewähren. Haushalte ohne Gas und Strom erhalten 50 kg. Weiters wird bei Geburten ein einmaliger Zuschuß von 100 kg an Haushalte mit Gas und von 200 kg an Haushalte ohne Gas erfolgen.

Dem vielfach geäußerten Wunsche einer Ausgabe der Sonderzuteilungen bei den Bezirksämtern kann allerdings nicht stattgegeben werden, weil die katastermäßige Erfassung der Brennstoffbezieher nur zentral möglich ist.

Eine besondere Härte hat sich darin gezeigt, daß die Versorgung der 2.100 Industriebetriebe, die unter 20 t Monatsverbrauch aufweisen und vom Hausbrandsektor beliefert werden, gegenüber den 310 Großindustriebetrieben, die vom Industriesektor versorgt werden, stark benachteiligt sind. Während der Industriesektor die bei ihm gemeldeten Betriebe monatlich mit Mengen bis zu 10% seiner Jahresbestellmenge versorgt hat, konnte der gleichartige Betrieb mit einem Monatsverbrauch bis 20 t im Hausbrandsektor durchschnittlich nur 3 - 4 % seiner Jahresmenge erhalten.

Richtigstellung zu Blatt 404

=====

Der fünfte Absatz soll richtig lauten: Für das kommende Brennstoffjahr ist geplant, den gaslosen Haushalten zu den 50 Kilogramm Kochkohle, die sie bisher monatlich erhalten haben, einen Zuschuß von 25 Kilogramm pro Monat zu gewähren. Das bedeutet, daß Haushalte mit Gas 300 Kilogramm Kohle, Haushalte ohne Gas 1200 Kilogramm und Haushalte, die weder Gas noch Strom haben, 1500 Kilogramm Kohle bekommen. Weiters wird bei Geburten ein einmaliger Zuschuß von 100 Kilogramm an Haushalte mit Gas und von 200 Kilogramm an Haushalte ohne Gas gegeben werden.

Die Folge davon ist, daß die Produktion schwankend und ungleichmäßig wird. Diese Unregelmäßigkeiten können nur durch Gewährung von Globalkontingenten an die Länder ausgeschaltet werden.

Da es von vornherein klar war, daß der auf Grund der im Vorjahre vorgenommenen Rayonierungen erhobene Normalbedarf von 1.700.000 t nicht aufgebracht werden kann, wurde ein Notstandsprogramm aufgestellt, das 860.660 t Kohle und Koks beträgt und nur die Hälfte des rayonierten Bedarfes ausmacht.

Diese Menge ist auch erreichbar, wenn der bisherige Verteilungsmodus beibehalten wird. Die Bewirtschaftungsstelle bemüht sich jedoch seit Wochen eine Korrektur zum Nachteil Wiens vorzunehmen. Sie hat einen Entwurf vorgelegt, wonach Wien eine Notstandsmenge von 524.500 t für die kommende Brennstoffperiode zugewilligt wird, das sind um 336.100 t weniger als unser Notstandsprogramm vorsieht und sogar noch um 84.000 t weniger als Wien in diesem Kohlenjahr erhielt.

Von den im Jahre 1937 in ganz Österreich im Hausbrandsektor verbrauchten Mengen konsumierte Wien 56.6%, daher müßte der derzeitige Schlüssel ebenfalls 56.6% betragen. Tatsächlich war er im Jahre 1947/48 - 47.4% und soll auf 38.8% gekürzt werden. Begründet wird dies damit, daß Wien durch die Gaslieferung an Wirtschaft und Haushalte den übrigen Ländern voraus ist. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß dafür die Stromversorgung in den Ländern eine wesentlich bessere ist und außerdem die Elektrifizierung der Haushalte einen weitaus höheren Grad erreicht hat als Wien.

In den Ländern haben die Brennholzzuweisungen an die Haushalte bereits eine derartige Höhe erreicht, daß man sie als eine zweite Brennstoffbewirtschaftung der Gemeinden bezeichnen kann. Hierdurch erscheint der Gasbezug der Wiener mehr als kompensiert.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die bisher ungerechte Behandlung Wiens auf dem Gebiete der Kohlenversorgung endlich aufhören muß und Wien jene Mengen zugewiesen werden müssen, die sie für den Wiederaufbau der Stadt und ihrer Wirtschaft sowie für die Versorgung der Bevölkerung dringendst benötigt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Der Bedarf an Brennholz beträgt auf Grund der rayonierten Mengen 230.000 rm. Die Österreichische Holzwirtschaftsstelle hat Wien ein Kontingent von 186.000 rm zugestanden und die Auflage auf die einzelnen Bundesländer verteilt.

Außer den Bundesländern Salzburg und Niederösterreich, die in anerkennenswerter Weise dreiviertel ihrer Umlagen erfüllten, haben die übrigen Länder in der Aufbringung des Holzes für Wien ihre Zusagen bisher nicht erfüllt. Billigerweise muß zugegeben werden, daß die Holzaufbringung infolge des vergangenen schneearmen Winters auf große Schwierigkeiten gestoßen ist. Nachdem bisher nur 94.000 rm Holz geliefert wurden und die Lieferzeit mit 31. März endet, muß mit einer bedeutenden Fehlmenge gerechnet werden.

Diese geringe Menge Holz konnte daher fast nur an Bäcker, Fleischhauer und andere dringende Bedarfsträger abgegeben werden. Lediglich die gaslosen Haushalte konnten mit 30 kg Unterzundholz pro Haushalt bedacht werden.

Im vergangenen Jahre wurden durch die Randgemeinden im Wege der Selbstwerbung 24.000 rm Brennholz im Wiener Wald ausgeholt. Hunderte Raummeter wurden wild geschlägert. Leider ist der Wiener Wald in den letzten Jahren weit über das Maß des Möglichen hergenommen und es liegt im Interesse der Bevölkerung, daß dieser als unentbehrliches Luftreservoir den Wienern erhalten bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Eine große Anzahl von Bedarfsträgern hat ihre Kohlenheizung auf Ölföuerung umgestellt. Der Bedarf an Heizöl, Dieselöl und Petroleum ist derart gestiegen, daß kaum die Hälfte durch Zuweisungen gedeckt ist. Diese Schwierigkeiten erhöhten sich noch infolge der unregelmäßigen Belieferungen.

Es muß daher dringendst vor weiteren Umbauten auf Ölföuerung gewarnt werden.

In der Textilbewirtschaftung ist insofern ein Fortschritt erzielt worden, als seit Mai vergangenen Jahres die zentrale Bewirtschaftung eingeführt ist, wonach die in sämtlichen Bundesländern erzeugten Textilwaren nach einem vereinbarten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt wurden. Wien erhält derzeit ein Kontingent von 24,4% der Gesamttextilproduktion. Leider sind diese Zuteilungen gegenüber dem Bedarf noch weit im Rückstand, sodaß bis auf weiteres an den Lieferzusagen festgehalten werden muß. Aus der Inlandsproduktion wurden 591.000 Paar Strümpfe aller Art abgegeben, außerdem 120.000 Paar, die aus der UNRRA- und Amerika-Hilfe stammten.

Die Minderproduktion ist auch die Ursache, warum an die Einführung der Kleiderkarte bisher nicht geschritten werden konnte.

Ein bescheidener Versuch wird jetzt mit der im April zur Ausgabe gelangenden Punktekarte unternommen, auf die zunächst nur Fertigwaren aus den amerikanischen Überschußgütern und der UNRRA zur Ausgabe gelangen.

Eine beachtliche Entlastung in der Versorgung der Bevölkerung mit Textilwaren ist durch die ausländischen Hilfsaktionen wie die Irlandspende, UNRRA-Hilfe, Quäker-Hilfe und Usiwa-Aktion eingetreten, denen unser wärmster Dank gebührt. (Beifall.)

Entsprechend dem allgemeinen großen Mangel auf dem Textilsektor konnte auch der Bedarf der Stadt für ihre Humanitätseinrichtungen in keiner Weise gedeckt werden.

Durch die bisherigen geringen Zuteilungen ist der Bestand an Leib- und Bettwäsche in den Anstalten auf den äußersten Tiefstand gesunken.

Eine leichte Besserung ist auch bei der Leder- und Schuhproduktion zu verzeichnen. Der Rohhautanfall hat sich im vergangenen Jahr um rund 50% gesteigert, sodaß rund 520.000 Paar Schuhe aller Art ausgefertigt werden konnten.

Für Straßenschuhe mit Holzsohle wurde im Laufe dieses Jahres die Bewirtschaftung aufgehoben.

Sehr nachteilig wirkte sich der Mangel an Arbeitsschuhen mit Holzsohlen aus, die in der Landwirtschaft und in Betrieben mit Wassermanipulationen von Bedeutung sind.

Im Jänner gelangte die Schuhreparaturkarte zur Ausgabe, die einen einmaligen Bezug von Material für die Reparatur von Schuhen gewährleistet.

Es sind bereits die Vorarbeiten im Gange, um für gewisse Arbeiterkategorien mit gesteigertem Verschleiß an Schuhwerk eine zweite Reparatur im Verlaufe des Jahres zu ermöglichen.

Im Berichtsjahr kam auch die im Herbst 1946 eingeführte Reifenbewirtschaftung zur vollen Auswirkung. Im ganzen Berichtsjahre konnten in Wien nur 12.100 Decken und 11.300 Schläuche zugewiesen werden, was bedeutet, daß nur 20% aller Kraftfahrzeuge eine Bereifung erhielten.

Ein besonderes Kapitel bildet die Ausgabe der Krafträder. Neben englischen Beutemaschinen wurden rund 800 Kleinkrafträder Buch 125 abgegeben. Diese werden aber ohne Bereifung und ohne Akkumulator verkauft, da die Erzeugung der Reifen mit jenen der Räder nicht Schritt halten konnte.

In der Fahrraderzeugung ist ebenfalls eine Erweiterung der Produktion zu verzeichnen. Es konnten 6.800 Stück ausgegeben werden. Wenn die Erzeugung gleichbleibt, wird es möglich sein, alle bisher eingereichten Anträge auf Zuteilung eines Fahrrades in nächster Zeit aufrecht zu erledigen.

In der Bewirtschaftung der sogenannten Wirtschaftswaren, zu denen auch die Haushaltsgegenstände gehören, haben sich die Umsatzziffern um die Hälfte erhöht.

Nur bei Bürsten- und Besenwaren ist leider die Produktion noch derart gering, daß die Ausfolgung von Bezugscheinen noch immer an die Beibringung von Lieferzusagen gebunden bleiben muß.

Stadtrat Flödl verweist auf den in nächster Zeit eintretenden freien Verkauf von Rundfunkgeräten und Möbeln und tritt für die Schaffung einfacher aber guter und für die Masse der Bevölkerung erschwinglicher Küchen- und Wohnmöbel, sowie eines leistungsfähigen Kleinempfängers ein. (Beifall.)

Die Gemeinde selbst ist an der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft in hervorragendem Maße beteiligt. Es wurden im Jahre 1947 Waren um S 33.500.000,- gekauft.

Im Schulwesen ist ein weiteres Ansteigen der Schülerzahl festzustellen. Bei Schulbeginn befanden sich an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen 112.740 Schüler, um rund 14.000 mehr als im Vorjahr. Dies bedeutet eine Vermehrung der Schulklassen, deren Herstellung und Einrichtung mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Derzeit stehen von den in Wien befindlichen 433 Schulen 304 wieder für Unterrichtszwecke in Benützung. Während in den letzten zwei Wintern die Schulen mit Beginn der Heizperiode zu sogenannten "Winterschulen" zusammengezogen werden mußten, ist es in diesem Winter möglich gewesen, den Unterricht in allen benützungsfähigen Schulen ohne Einschränkung abzuhalten (Beifall.)

Von den Alliierten sind derzeit noch immer 9 Schulen besetzt. 12 Schulhäuser werden als Flüchtlingslager in Anspruch genommen und 10 sind für andere Zwecke in Verwendung. Schließlich können 98 Schulhäuser infolge von Kriegsschäden noch nicht benützt werden. Mit Rücksicht auf die stetig steigende Schülerzahl muß unbedingt auf die Freigabe aller von Schulfremden besetzten Schulen gedrängt werden. (Lebhafter Beifall.)

Sehr intensiv ist der Studienbetrieb am Pädagogischen Institut als Lehrerfortbildungsakademie. Im Sommersemester waren 1.610 Hörer inskribiert. Im Wintersemester sind bereits 2.580 Hörer eingetragen.

Wir haben gegenwärtig 36 Fortbildungsschulen mit 30.116 Schülern, 3 Handelsakademien mit 1.611 Schülern, 8 kaufmännischen Wirtschaftsschulen mit 1.083, 4 Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe mit 934 und schließlich eine Uhrmacherlehrwerkstätte mit 45 Schülern, die zugleich einen vollständigen Ersatz für die Meisterlehre bedeutet.

Zum Teil als Folge des Preisstops für Liegenschaften ist ein beinahe vollständiger Stillstand im Grundstückverkehr eingetreten, sodaß es in den letzten Jahren nur vereinzelt möglich gewesen ist, Liegenschaften im Kaufwege zu erhalten. Solche Tauschverhandlungen werden auch zur Zeit zwischen der Stadt Wien und dem Bund über eine Reihe von Liegenschaften geführt, die für wichtige Vorhaben eines jeden der beiden Teile benötigt werden.

Der städtische Grundbesitz in Wien beträgt derzeit rund 245.000.000 m², der außerhalb Wiens 21.000.000 m².

Es sind bereits eine große Anzahl von Ansprüchen gegen die Gemeinde auf Rückstellung solcher Liegenschaften eingebracht worden, die von der früheren Gemeindeverwaltung enteignet wurden. In manchen Fällen wird die Stadt Wien Liegenschaften zurückzustellen haben.

Die Gemeinde hat in der nationalsozialistischen Ära nicht nur Liegenschaften erworben, sondern auch zahlreiche Häuser und Grundstücke aus ihrem Besitze zwangsweise abgeben müssen. Während die Rückstellung der unentgeltlich abgetretenen Liegenschaften zum Teil bereits erfolgt ist, und teils sich noch im Gange befindet, erscheint die Rückübertragung vieler anderer Liegenschaften noch in Frage gestellt oder überhaupt nicht möglich, weil bei diesen die Frage des sogenannten "Deutschen Eigentums" entsprechend mitspielt. Es sind dies im besonderen die Ölraffinerieflächen in der Lobau, der Getraidespeicher in Albern, der Unteren Lobau, des Lainzer Tiergartens und solche wo auf städtischem Grund Kasernen von der Deutschen Wehrmacht errichtet wurden.

Wir sind jederzeit bereit, die Wirtschaft in ihrem Bestreben nach Förderung der Produktion mit allen Kräften zu unterstützen. Wir erwarten aber auch, daß sich die Wirtschaftstreibenden ihrer Verantwortung bewußt sind und für einen ordnungsmäßigen Absatz der von ihnen erzeugten Waren sorgen. (Beifall).

Die gesunde Entwicklung unserer Wirtschaft ist der beste und sicherste Garant für den Wiederaufbau unserer Stadt. Sie sichert unserem Volke Freiheit, Arbeit und Brot. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) unterstrich die große Bedeutung des Schulwesens und verwies auf den oft katastrophalen Zustand der Schulräume. Im Schuljahr 1946/47 hatten nur 47 Prozent der Schüler normalen Unterricht, der Rest Wechsel- oder Schichtunterricht. Das bedeutete nicht nur eine Verkürzung der Unterrichtsstunden, sondern zwang auch oft die Kinder dazu, sich noch in später Abendstunde auf den Heimweg zu machen. Der Redner unterzog die älteren Schulgebäude hinsichtlich der Reinlichkeit und der sanitären Einrichtungen einer scharfen Kritik. Es wäre wünschenswert, daß künftig in solchen alten Schulen weniger Klassen untergebracht werden. Der üble Zustand mancher Schulräume sei vor allem auf das Fehlen der Reinigungsmittel zurückzuführen. Auch die Kartenstellen bedeuten für die Schulen einen Übelstand, denn sie wirken sich störend auf den Unterricht aus. Oft sind dadurch auch Kinder, insbesondere Mädchen, Belästigungen ausgesetzt.

GR. Dr. Soswinski beantragte sodann die Vorbereitung weiterer hauswirtschaftlicher Kurse im Anschluß an die bisher geltende Schulzeit als provisorischen Beginn eines neunten Schuljahres. Er schilderte ferner die wirtschaftliche Not mancher Lehrkräfte und verlangte Abhilfe.

Der Redner schlug dann die Einführung einer sogenannten Millionärsteuer vor. Eine solche stünde zwar nicht in der Verfassung, doch sei dies in keinem Land der Fall gewesen, wo sie bisher eingeführt wurde. Auf seinen Ausspruch: "Die Schüssel ist groß genug, aber der Löffel ist zu klein, mit dem wir arbeiten!", antwortete Vizebürgermeister Weinberger: "Die Schüssel ist ^{leider} aber leer!"

Der Redner stellte sodann fest, daß die Kohlenanlieferung in letzter Zeit für Österreich im allgemeinen friedensmäßig ist, nicht aber die nach Wien. Wien werden dauernd benachteiligt

und es nütze nichts, wenn gesagt wird, daß sich der amtsführende Stadtrat oder die Gemeinderäte in jeder Weise bemüht hätten, sondern es müßten die Fragen der grundsätzlichen Wirtschaftspolitik in diesem Lande besprochen werden. Wir beziehen die Kohle vor allem aus dem Ruhrgebiet. Nicht weil wir wollen, sondern weil wir müssen. Wir müssen im nächsten Kohlenwirtschaftsjahr 60 Millionen Tonnen Kohle von Amerika kaufen. Das kostet um 50 Prozent mehr als die Kohle aus anderen Ländern.

Der Redner schilderte dann die Verhältnisse bei der Zuckereinfuhr, bei der gleichfalls die Ware dort, wo sie gekauft werden muß viel teurer ist, als in der Tschechoslowakei. Er meinte in diesem Zusammenhang, daß eine solche Hilfe wenig Wert habe. Als ein anderes Beispiel zu diesem Thema führte er die Situation der Zündholzfabriken an. Es gäbe zwar dankenswerterweise jetzt mehr Zündhölzer zu kaufen, gleichzeitig aber müssen die Arbeiter unserer Zündholzfabriken bereits Kurzarbeit machen und vielleicht werden sie in einigen Wochen ganz aufhören zu arbeiten. Diese Beispiele zeigen die Wirkungen des Marshall-Planes in Österreich. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ergänzend stellte er noch fest, er sei ~~der Meinung~~, daß der Gemeinderat nicht achtlos an solchen Fragen vorübergehen kann und darf. Zur Sozialistischen Fraktion gewandt, bemerkte GR. Soswinski, daß man nicht glauben dürfe, damit den Sozialismus zu festigen. Die Österreichische Volkspartei wird dieser Richtung sicher zustimmen. Ich wage aber zu bezweifeln, ob die Vertreter der Sozialistischen Partei dabei ein gutes Gefühl haben. (GR. Marek (SPÖ): Über unsere Gefühle brauchen sie sich nicht den Kopf zu zerbrechen!) Im übrigen gab der Redner für seine Fraktion die Zustimmung zum Voranschlag der Verwaltungsgruppe IX.

GR. Kammermayer bespricht vor allem Fragen des Hauptwirtschaftsamtes, der Bäckereibetriebe, der Kohlenversorgung und der Schulen. Das Hauptwirtschaftsamt ist uns, so führt er im einzelnen aus, ein Dorn im Auge, und wir wollen nur hoffen, daß bald so viele Güter vorhanden sind, daß wir dieses Amt nicht mehr benötigen. Wir haben mit Freude vernommen, daß Punktekarten für Kleider und Strümpfe ausgegeben werden und damit dem unhaltbarem Zustand des stundenlangen Anstellens bei den Kartenstellen ein Ende bereitet wird.

Die Beamten in diesen Stellen haben zugegebenermaßen einen schweren Dienst zu versehen, aber es gibt eine Anzahl von ihnen, die die Menschen schikanieren. Es wäre an der Zeit, daß sich diese an die seinerzeit bekannte Liebenswürdigkeit und Höflichkeit des österreichischen Beamtentums erinnern. Erfreulicherweise ist es gelungen, Baugründe mit dem Bunde zu tauschen, so daß das Wohnbauprogramm wird durchgeführt werden können. In der Kohlenversorgung hat sich ein erfreulicher Fortschritt gezeigt, doch ist Wien gegenüber den anderen Bundesländern benachteiligt. Während nämlich auch früher schon die Bevölkerung außerhalb der Städte mit Holz heizte, wurde der jetzige Aufteilungsschlüssel nur nach der Bevölkerungszahl erstellt. Dieser Verteilungsschlüssel müßte abgeändert werden. Bezüglich des Ankaufes von Kohle muß daran erinnert werden, daß uns Polen und die Tschechoslowakei, für Schillinge keine Kohlen liefern, obwohl Österreich einst Hauptabnehmer dieser Länder war. Heute stehen Wien nur 304 Schulgebäude gegenüber 433 im Jahre 1937 zur Verfügung, obwohl die Zahl der Schulkinder gleich hoch ist. Die für fremde Zwecke beanspruchten Schulen sollten geräumt und ihren ursprünglichen Zwecken wieder zugeführt werden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Lötsch (SPÖ) stellte fest, daß aus dem Bericht des Stadtrates Flödl zu entnehmen war, daß es auf dem Gebiete der Wirtschaft doch vorwärtsgehe. Die Entwicklung ginge noch rascher, wenn wir erst die vier "Vormünder" los wären.

Es wurde bemängelt, daß wir die teure Ruhrkohle kaufen. Aus einem Bericht des Ausschusses ist aber zu entnehmen, daß wir zwar Kohle auch aus Polen geliefert bekommen haben, daß diese aber zu 80% aus Staub bestanden hat und außerdem mit Dollar hätte bezahlt werden müssen. Wir können aber nicht von einem Land Gold nehmen und damit in einem anderen Land einkaufen.

Wenn GR. Dr. Soswinski behauptet hat, daß in unserem Staate etwas nicht in Ordnung sei, so frage er ihn, ob er damit den Rübenzucker gemeint hat, der von einer Besatzungsmacht aus unserem Lande weggeführt wird. Beim Öl ist es ebenso. Viele Haushalte haben vor zwei Jahren auf Ölföuerung umgestellt, da Öl in genügenden Mengen vorhanden war. Und nun muß vor weiterer Umstellung auf Ölföuerung gewarnt werden. Wir haben wohl noch immer genug Öl im Lande, doch wird dieses momentan in die Tschechoslowakei gebracht.

Der Redner nahm dann mit Befriedigung zur Kenntnis, daß sich die Kohlenzufuhr etwas gebessert hat und daß die Förderung der Inlandskohle von Tag zu Tag zunimmt. Daraus ist zu ersehen, daß die österreichische Arbeiterschaft ihre Pflicht voll erfüllt. (Allgemeiner Beifall.)

Befremdend wirkt aber die Tatsache, daß man beabsichtigt, den Prozentsatz an Kohle für Wien wieder herabzusetzen. Es müßte alles darangesetzt werden, um zu vermeiden, dass Wien von den einzelnen Ministerien weiterhin stiefmütterlich behandelt wird. Aus den niedrigen Zahlen bei der Baustoffzuteilung und aus der Abgabenteilung ist ebenfalls zu ersehen, daß die Regierung die Stadt Wien benachteiligt.

Sehr begrüßenswert ist die Absicht, den strom- und gaslosen Haushalten nun monatlich 100 kg Kohle für Kochzwecke zuzuteilen. Es war ungeheuer schwierig, ja fast unmöglich, mit den bis jetzt zugeteilten 50 kg das Auslangen zu finden.

Daß die Gemeinde Wien in ihrem Budget für den Ankauf von Liegenschaften nur 6.7 Millionen Schilling vorgesehen hat, sei bedauerlich. Die SPÖ steht auf dem Standpunkt, daß eine Gemeindeverwaltung nur dann den Wiederaufbau bewerkstelligen kann, wenn ihr Grund und Boden gehören. Wir sagen deshalb: Grund und Boden der Gemeinde und dem Bürger sein Haus. Aber wir haben noch kein Enteignungsgesetz, welches uns die Möglichkeit geben würde, gegen Ablöse die Gründe zu erwerben, die wir unbedingt brauchen. Das bestehende Enteignungsrecht ist veraltet und wir fordern daher dieses ehestens zu erneuern, u.zw. nach jenen Gesichtspunkten, die im Interesse des Wiederaufbaues unserer Stadt gelegen sind.

Die Gemeinde Wien hat sich in den Jahren 1918 bis 1933 bemüht, möglichst viele Grundstücke anzukaufen. Manche davon sind noch nicht verbaut und wieder verpachtet worden. Es gibt nun Pächter, die die Gründe weiterverpachten und dabei Geld verdienen, andere wieder lassen den Grund brachliegen. Dieser Unfug müßte abgestellt werden.

Zum Schluß betonte der Redner, er hoffe, daß das im Bericht des Stadtrates Flödl Ausgesprochene auch wirklich Erfüllung finde. (Beifall bei der SPÖ.)

24. März 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 414

GR. Dr. Neubauer übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) bezeichnet das diesjährige Schulbudget mit zusammen 39 Millionen Schilling als verhältnismäßig günstig. Der Sachaufwand allein beträgt heuer das Vierfache gegenüber dem Vorjahr. Der Redner stellt fest, daß das Schulwesen in der Person des Bürgermeisters einen warmen Fürsprecher gefunden hat. Wenn gesagt wird, daß die Kultur eines Gemeinwesens nach der Höhe seines Schulbudgets bemessen werden kann, dann steht die Stadt Wien nicht schlecht da. .

Der Redner teilte mit, daß es im Bereiche Groß-Wien noch 60 Schulen ländlichen Charakters gibt, davon 15 mit überhaupt nur einer Klasse. Auf diesem Gebiet wären also noch mancherlei Probleme zu lösen. Ein Stolz der Stadt Wien seien dafür die Sonderschulen, von denen es 27 mit 16 Exposituren gibt.

Beim Aufbau des Wiener Schulwesens nach dem letzten Krieg hätte die Lehrerschaft unvorstellbar viel geleistet und keiner fragte, wer ihn bezahlt und wie und wann er angestellt wird.

Bemerkungswort sei die Verweiblichung der Lehrerschaft. 68 Prozent sind Frauen. Diese tragen eine schwere Last, weil sie neben ihrer Berufsarbeit auch noch den Haushalt zu erledigen haben. Auffällig sei die Überalterung des Lehrkörpers. 34 Prozent aller Lehrer haben bereits mehr als 30 Dienstjahre hinter sich, 10 Prozent der Lehrer haben dagegen noch weniger als 10 Dienstjahre absolviert. Nach der bisherigen Handhabung des Nationalsozialistengesetzes unter dem Einfluß der vier Besatzungsmächte sind alle registrierungspflichtigen Lehrpersonen entlassen worden. Es handelt sich dabei um 1249 Lehrkräfte. Jetzt, nach Annahme des Jugendamnestiegesetzes und nach der voraussichtlichen Amnestierung der übrigen minderbelasteten Nationalsozialisten, werden diese 1249 Lehrpersonen versuchen, wieder auf ihren Dienstplatz zurückzukehren. Jedoch sind bisher drei Jahre vergangen, in denen alle Plätze ausgefüllt und sogar eine gewisse Personalreserve geschaffen wurde. Es ist daher unvermeidbar, daß auf diesem Gebiet in nächster Zeit beträchtliche Schwierigkeiten eintreten werden.

GR. Dr. Stemmer gab sodann einen Überblick über die Zahl der Wiener Kinder. Während vor dem Krieg in Wien jährlich durchschnittlich 10.000 Kinder zur Welt kamen, waren es im Jahre 1939 schon 21.000, im Jahre 1940 sogar 26.000. Die Zahl blieb während

der weiteren Kriegsjahre zwischen 23.000 und 25.000. 1945 ist ein Rückgang auf 14.000 Geburten eingetreten. Im Jahre 1946 wurden aber bereits wieder 17.000 und 1947 sogar schon wieder mehr als 20.000 Kinder geboren. Das heißt, daß bei Berücksichtigung des allgemeinen Bevölkerungsrückganges in Wien die Geburtenziffer die der nationalsozialistischen Ära bereits wieder erreicht hat. Das bedeutet aber weiter, daß die Zahl der Schulkinder, die im Jahr 1945 rund 62.000 betrug, im Jahre 1952 auf 154.000 und im Jahre 1953 auf 170.000 hinaufschnellen wird. Das sind um rund 100.000 Kinder mehr als vor Beginn des Krieges. Wenn diesem Schulkinderzuwachs Rechnung getragen werden soll, dann müßten jährlich 300 bis 350 neue Schulklassen eingerichtet werden. Bei der gegenwärtigen Situation bedeutet diese Zunahme aber auch, daß es im nächsten Jahr beträchtlich mehr Wechselunterricht geben müssen, als heuer. Wechselunterricht bedeutet aber einen Verlust von 40 bis 60 Prozent der täglichen Schulzeit; das sind im Verlaufe einer normalen Schulzeit 4 bis 5 ganze Schuljahre.

Es gibt Schulhäuser, auf deren Freimachung die Schulbehörde eigentlich wenig Wert legt; das sind die ganz alten Gebäude. 273 Schulen (63½ Prozent) stammen aus der Zeit vor 1900; 12 Schulen haben sogar noch die Revolution von 1848 miterlebt.

Die Stadt Wien hat durch den Krieg und durch die Tage danach 26.000 Schulbanksitze, 7.660 Sessel, 2.825 Tische, 2.076 Kisten und viele andere wertvolle Einrichtungsgegenstände, besonders solche aus Holz, verloren.

Trotz aller Hilfsmaßnahmen aller Ausspeisungen sei der Gesundheitszustand der Wiener Schuljugend erschütternd. Nur ein Fünftel aller Schulkinder hätte Befund 1, wobei Untergewichte bis zu 1,7 kg noch als Befund 1 gezählt werden. Zwei Fünftel der Kinder hätten Befund 2 und zwei Fünftel Befund 3.

Zum Fortbildungs- und Berufsschulwesen, das auch sehr unter dem Mangel an genügendem Unterrichtsraum leidet, sagte der Redner, daß ein Plan vorliege, leerstehende Kasernen in Schulhäuser umzuwandeln. Doch sind hier große Schwierigkeiten zu überwinden, da es natürlich viel zu wenig Einrichtungsgegenstände gibt. Überhaupt ist hier die Materialfrage sehr schwierig. So bekam die Berufsschule für Zimmerleute zur Verarbeitung für ein Jahr, Holz im Wert von 2.70 S je Schüler zugewiesen. Die Maurer bekamen 3 Ziegel pro Schüler. Das sind unhaltbare Zustände.

Die Einrichtung der Schulgemeinden sehen wir als sehr nützlich an. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, die jungen Leute auch in der Freizeit zu erfassen, sie zu beschäftigen und Kurse zu veranstalten, um Wissenslücken auszufüllen. Es gab 275 Veranstaltungen mit mehr als 63.000 Besuchern.

In der Frage der Hausgehilfenschulen verlangte der Redner, daß das betreffende Gesetz im Nationalrat endlich zur Behandlung kommen solle. Dann erwähnte er auch noch die Leistung der Aktion "Jugend am Werk", die gleichfalls seit einem Jahr Kurse eingerichtet hat, in denen schulentwachsene Menschen, die zum Teil schon im Krieg gewesen sind, die Möglichkeit erhalten, ihre Schulkenntnisse zu erweitern.

Dann wandte sich GR. Stemmer Fragen der Schulpolitik zu, und nahm gegen eine Bemerkung des Unterrichtsministers scharf Stellung, der sagte, es werde versucht, ein Mythos der Wiener Schulreform zu schaffen und den jüngeren Lehrern ein Stück pädagogischer Geschichtslüge vorzusetzen. Er zitierte dazu Worte des Landesschulinspektors Simonic, eines bedeutenden Fachmannes, der der österreichischen Volkspartei angehört, der im Gegensatz dazu der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die Schulreform der ersten Republik das Wiener Schulwesen auf eine glanzvolle Höhe gebracht hat und Ausführungen des Ministerialrates Dr. Ludwig Battista, der gleichfalls anderer Ansicht ist als der Unterrichtsminister. Hier ist ein Unterschied zwischen der Ansicht der Fachleute und der Politiker. (Vizebürgermeister Weinberger: Das soll auch sonst öfter vorkommen!)

Als sich GR. Stemmer energisch gegen die Legende wandte, daß die Sozialistische Partei die Religion bekämpft, obwohl sie sich nur dagegen stellt, daß Staatsgelder zur Unterstützung privater Schulen verwendet werden, wird er wieder von Vizebürgermeister Weinberger unterbrochen, der ersucht, einen Zwischenruf machen zu dürfen. Der Vizebürgermeister sagte, daß es sich hier darum handelt, den Eltern das freie Recht zu überlassen ihre Kinder in die Schule zu schicken, die sie wollen. GR. Stemmer beschäftigte sich dann mit der Frage der gemeinsamen Erziehung von Knaben und Mädchen. Er stellte fest, daß die Sozialistische Partei daran grundsätzlich nichts Schlechtes finde und daß es auch in katholischen privaten Volks- und Hauptschulen vorkomme, daß Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet

werden. Abschließend stellte der Redner fest, daß in den Fragen der Schulpolitik alle mithelfen sollten, damit diese möglichst bald entschieden werden können, denn man kann für die Erziehung der Jugend nie genug tun. (Lobhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

In seinem Schlußwort erwiderte Stadtrat Flödl auf die Anfragen und Anregungen der Debatteredner und sagte u.a.: GR. Dr. Soswinski kritisierte das Schulbauprogramm. Dieses wird im Einverständnis mit dem Stadtschulrat^{und} der Verwaltungsgruppe für das Bauwesen erstellt. Neue Schulen oder die Wiederherstellung beschädigter wird daher nicht wahllos beschlossen, sondern dort durchgeführt, wo dringender Bedarf herrscht.

Dem Übelstand, daß die Kartenstellen noch immer in Schulen untergebracht sind, kann derzeit leider nicht abgeholfen werden. Beim Schulmaterial haben wir den Engpaß endlich überwunden und sind in der Lage, den Anforderungen des Stadtschulrates nach Schulheften und Bleistiften vollkommen nachzukommen.

Auf die Qualität der Pa-Ko-Kohle hat die Gemeinde Wien keinen Einfluß, da wir es abgelehnt haben, die Stadt Wien an der Pa-Ko-Aktion zu beteiligen.

Wir beziehen deshalb die Kohle aus dem Ruhrgebiet, weil diese nur zu einem geringen Teil mit Dollars bezahlt werden muß. Die Begleichung des Restbetrages wird durch unsere Stromlieferungen in das Ruhrgebiet gedeckt.

Die Einstellung der Berufsschullehrer ist nicht Angelegenheit der Gemeinde Wien, sondern diese wird ausschließlich vom Bund im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat geregelt.

Wenn manchmal über das Benehmen der Angestellten des Hauptwirtschaftsamtes Beschwerde geführt wird, so möge berücksichtigt werden, daß dieses Amt fast täglich einen Parteienverkehr von 6.000 Personen hat und es daher schon hie und da möglich sei, daß eine gewisse Nervosität Platz greife.

GR. Lötsch hat erwähnt, daß die Ölzuteilung immer geringer wird. Der Referent gibt die Zuweisungen im Jänner 1947 und im Jänner 1948 bekannt.

Diese Gegenüberstellung sieht so aus:

	Jänner 1947	Jänner 1948
Heizöl	1,150.000 kg	700.000 kg
Dieselöl	862.500 Liter	700.000 Liter
Petroleum	1,711.000 "	1,200.000 "
Benzin	45.000 "	30.000 "
Schmieröl	370.000 kg	213.500 kg

Daraus geht hervor, wie berechtigt der Appell war von der Umstellung auf Heizölfeuerung Abstand zu nehmen.

GR. Lötsch hat verlangt, durch ein entsprechendes Enteignungsgesetz dafür zu sorgen, daß Grund und Boden in den Besitz der Gemeinde Wien übergehen kann. Stadtrat Flödl stellt fest, daß er und seine Partei nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß Grund und Boden jedem Bürger der Stadt und des Landes frei zur Erwerbung zur Verfügung stehen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Frage der Schuleinrichtung, stellt uns z.B. die Beschaffung der Sessel vor große Schwierigkeiten. Wenn wir auch das Holz zur Verfügung stellen, kostet ein Sessel immer noch 110 S. (Allgemeiner Beifall.)

Damit war die Debatte über die Verwaltungsgruppe "Wirtschaftsangelegenheiten" beendet.

In der Abstimmung wird das 9. Hauptstück des Voranschlags einstimmig angenommen und der Antrag des GR. Dr. Soswinski der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Berichtes über die Budgetdebatte
=====

Samstag Ziehung der Armenlotterie
=====

Die reiche Trefferliste der 119. Wiener Armenlotterie hat bewirkt, daß die 500.000 Lose nahezu verkauft sind. Da bei der öffentlichen Ziehung ein großer Andrang von Losbesitzern zu erwarten ist, hat Bürgermeister Dr. Körner für diesen Zweck den Sitzungssaal des Gemeinderates zur Verfügung gestellt.

Die Ziehung beginnt am Samstag, den 27. ds. M. pünktlich um 9 Uhr vormittags.

Preisnachtrag zum Lebensmittelaufwurf
=====

Süßwaren:

Pralinen	S 22.60 je kg
Fondant	S 14.70 je kg
Nährblock	S 16.-- je kg
Schokoladennährblock	" 2.-- je Tafel.

Für Eier, nach Gewichtgruppen sortiert, gelten folgende Verbraucherpreise: S (65 Gramm u. darüber) S -.675 je Stück, A (60-65 g) -.64, B (55-60 g) -.605, C (50-55 g) -.575, D (45-50 g) -.54, aussortierte Eier über 45 Gramm S -.54.

Fortsetzung des Berichtes über die Budgetdebatte
=====

Die Beratung der Verwaltungsgruppe Ernährungsangelegenheiten leitet amtsführender Stadtrat Sigmund, (SPÖ) ein. Er stellt fest, daß diese Verwaltungsgruppe lediglich die Verteilung der ihr vom Ernährungsministerium zugewiesenen Lebensmittel vorzunehmen habe. Die Erstellung der Ernährungspläne erleide vielfach durch eine verspätete Zustimmung des Alliierten Rates Verzögerungen. Unsere Lebensmittel stammen einerseits aus den Lieferungen der österreichischen Landwirtschaft und andererseits aus den amerikanischen Hilfsquellen. Es ist mit Bedauern festzustellen, daß neben den Lebensmitteln aus österreichischen Quellen fast ausschließlich Lebensmittel mit amerikanischen Aufschriften kommen. Mit dem Eintreten der UNRRA-Hilfe in unsere Ernährung hat sich das große russische Reich, das zur Befreiung Österreichs große Opfer an Gut und Blut gebracht hat, von unserer Ernährung vollständig zurückgezogen.

Zu den Vorwürfen, insbesondere der kommunistischen Presse, Lebensmittel, die nicht vorhanden sind, nicht in den Aufruf aufzunehmen, führt er aus; Wir haben österreichischerseits bei Erstellung des Marshall-Planes die Verpflichtung übernommen, 820 Kalorien aus der eigenen Landwirtschaft aufzubringen. Die Differenz auf die aufgerufenen Rationssätze wird aus amerikanischen Zuschüssen ergänzt. Würde man daher den Aufruf von Fleisch unterlassen, dann könnte man nur 1.640 statt 1.700 Kalorien aufrufen. Durch den Aufruf des Fleisches, auch wenn es im Augenblick nicht vorhanden ist, wird aber der moralische Anspruch verankert, die Nachlieferung solcher Lebensmittel auch nach Ablauf der Versorgungsperiode zu verlangen. Wir werden, versicherte der amtsführende Stadtrat, in wenigen Wochen soweit sein, die Fleischrückstände an die Wiener Bevölkerung vollständig abgedeckt zu haben. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wir haben gestern die Woche 36/4 an Fleisch vollständig ausgeliefert, es bleiben nur noch die Wochen 37/2 und 37/3 abzudecken. Ob dies in Frischfleisch gelingen wird oder nicht, das Entscheidende ist, daß überhaupt vollwertige Nahrungsmittel auf diese "Papierkalorien" ausgegeben werden.

Zu den Kartoffelschulden führt der Berichterstatter aus, daß er schon im September vorigen Jahres zwei bis drei Wochen aufgerufen und im Oktober bereits den Dezember teilweise ausgeliefert gehabt habe. Dann begann die Wintereinlagerung, es wurden aber, um auch qualitätsmäßig einen Ausgleich zu schaffen, von den 36 Kilogramm nur 12 aufgerufen. Bei dem zweiten 12 kg-Aufruf sind rund 10 Prozent nicht mehr erfüllt worden. Nach Weihnachten wurde zum erstenmal mitgeteilt, daß viele Verbraucher auch ihre Kartoffel auf die Zusatzkarten nicht erhalten hatten. Daraufhin wurden im Jänner zwei große Bunker an der Stadtgrenze geöffnet und damit die Dezember- und Jannerschulden auf die Zusatzkarten erfüllt. Wir sind jetzt daran, rund 2.000 Tonnen aus Niederösterreich und weitere 2.000 Tonnen - allerdings noch keine Frühkartoffel - aus Italien heranzuschaffen, um die Zusatzkarten für Februar und März einzulösen. Im Anschluß daran werden die restlichen 10 Prozent des zweiten 12 kg-Aufrufes erfüllt werden, womit dann alle Wiener bis Ende März ihre Kartoffel erhalten haben. Für den April steht vorläufig die Bedeckung noch aus, doch hofft der Ernährungsminister es werde ihm gelingen, weitere 25.000 Tonnen aufzutreiben, womit wir bis ungefähr zur Hälfte Mai durchkommen. Dann sind hoffentlich die Verhandlungen mit Italien soweit, daß der Anschluß an die Früh - kartoffelernte gelungen ist.

Stadtrat Sigmund schilderte sodann die großen Schwierigkeiten bei der Heranschaffung der Lebensmittel. Gleichzeitig stellte er fest, daß es fast keine Klagen über Mängel des Verteilungsapparates gibt. Daß die Lebensmittel zu wenig sind, dafür können die Beamten natürlich nichts. Aus der Lebensmittelnot aber politische Geschäfte zu machen, das heißt, an den Nerven unserer Bevölkerung in unverantwortlicher Weise zu rütteln. (Beifall.) Der Verteilungsapparat besteht aus 8000 Lebensmittelkleingeschäften, mit den Sondergeschäften für Milch, Grünwaren, Fisch usw. insgesamt 13.000 Verteilungsstellen. Da die Lebensmittel genau auf Kopf und Kilo zugewiesen werden, bedeute jede Veränderung innerhalb der Bevölkerung, die ja doch unvermeidbar ist, eine Schwierigkeit.

Der Redner kritisierte sodann die vorzeitige Reduzierung der Wirtschaftsverbände, ehe noch die Aufbringungsausschüsse zu funktionieren begonnen hätten.

StR. Sigmund stellte sodann fest, daß es in Österreich noch Landwirtschaftsbetriebe im Ausmaß von zusammen 30.000 Hektar gibt, die dem Einfluß der österreichischen Behörden entzogen sind. (Hört! Hört!-Rufe der SPÖ und ÖVP.) Da der Durchschnittsertrag pro Hektar mit einer Tonne angenommen werden kann, so heißt das, daß 30.000 Tonnen Getreide der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen wurden. Mit diesen 30.000 Tonnen wäre es aber möglich gewesen, den Anschluß an die kommende Ernte zu finden. Diese 30.000 Tonnen werden aber auch noch dazu benützt, die gleichmäßige Versorgung der Stadt Wien zu stören. 1945 und 1946 haben die Wiener schlechter gelebt als heuer. Sie haben diesen Hunger aber leichter ertragen, weil sie wußten, daß er gleichmäßig auf die Bevölkerung aufgeteilt war. Jetzt ist diese Gleichmäßigkeit nicht mehr gegeben, denn es herrscht eine Bevorzugung bestimmter Gruppen. Es wurde schon davor gewarnt, Nahrungsmittel, die zu überhöhten Preisen angeboten werden, zu kaufen. StR. Sigmund macht darauf aufmerksam, daß die Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften für alle Österreicher gelten. In dieser Hinsicht gedenke er hart zu sein. Wenn seine Partei oder der Wiener Gemeinderat seine Haltung untragbar finden sollten, dann mögen sie ihn abberufen, so lange er aber auf seinem Posten steht, werde er unnahezu alle Lebensmittel, egal woher sie stammen, wenn sie zu überhöhten Preisen verkauft werden, beschlagnahmen. Er bezeichnete es als einen hinterhältigen Angriff, wenn der Inhalt eines Lebensmittelwaggons als Eigentum einer ausländischen Macht deklariert wird, diese Lebensmittel aber dann in ein Magazin geschafft und an Österreicher zu Preisen verkauft werden, die auf dem öffentlichen Markt nie bezahlt worden wären. (Lebhafter Beifall.)

Wenn es kaum gelingt, die Kompensationen aufzubringen, um wichtige Lebensmittel nach Österreich zu schaffen, dann werden von der anderen Seite wertvolle Kompensationen verwendet um Datteln, Mandeln usw. nach Österreich zu bringen.

Stadtrat Sigmund gab die Versicherung, daß er diese Zustände bekämpfen werde, wo er nur könne. Die Bewirtschaftung soll entweder für alle oder für niemanden gültig sein. In den letzten Tagen sind 353 Betriebe danach überprüft worden, ob Speisen ohne Marken abgegeben werden. 44 Betriebe sind dabei beanstandet worden. Diese Kontrollen werden in der nächsten Zeit weiter fortgesetzt werden. Wenn man aber in dieser Stadt erreichen wollte, daß niemand mehr ißt, als was auf die Aufrufe ausgegeben wird, dann müsse man aus dieser Stadt ein einziges Gefängnis machen, in dem vielleicht die Aufseher mehr essen würden, als die Gefangenen. (Heiterkeit und zustimmender Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Sigmund gab die Versicherung, daß er die Bewirtschaftung nicht länger aufrechterhalten werde, als es unbedingt notwendig ist. Solange jedoch der gegenwärtige Zustand besteht, müsse die Bewirtschaftung lückenlos durchgeführt werden. Hier bitte er um Verständnis und Mitarbeit.

Sodann gab der Referent einige Ausblicke auf die nächste Zukunft. Die Fleischrückstände sollen in der nächsten Zeit abgedeckt werden und auch die Nachlieferung der Kartoffel für alle Verbraucher bis zur Mitte April durchgeführt sein. In der Gemüseversorgung haben sich in der letzten Zeit wesentliche Verbesserungen ergeben. Gegenwärtig sind auf den Wiener Märkten Holländischer Kohl, dänisches Weißkraut, Karotten und Karfiol aus Italien, Sauerkraut aus Bulgarien und Ungarn und Paradeismark zu haben. Die große Not in den vergangenen Wintermonaten hat sich damit sehr gemildert.

In der Gemüseversorgung wurde in diesem Jahr eine Umstellung der Organisation vorgenommen. Wenn das Gemüse für die Hausfrau nicht mehr solchen Seltenheitswert besitzt, werde er die Bewirtschaftung der betreffenden Gemüsesorte aufheben.

Die Gerüchte von einer völligen Aufhebung der Bewirtschaftung von Obst und Gemüse entsprechen nicht den Tatsachen und auch die Produzenten sind für eine weitere Beibehaltung der Bewirtschaftung.

Durch die Erhöhung der Zucker- und der Pettration sind die Schleichpreise herabgegangen. Freilich kann der Schleichhandel erst dann erfolgreich bekämpft werden, wenn man der Bevölkerung die Möglichkeit gibt, sich normal zu versorgen.

Die Maßnahmen werden sich daher weniger gegen den Rucksackverkehr als vielmehr gegen die Großschleichhändler richten. Wenn der Rationssatz bisher nicht weiter erhöht werden konnte, weil das von den zuständigen Stellen abgelehnt wurde, werde man dies eben ein zweites oder auch ein drittes Mal versuchen.

Abschließend sagte StR. Sigmund: Wenn der heutige Zustand noch nicht befriedigend ist, hat das Jahr 1947 doch wesentliche Verbesserungen gebracht. Wir wollen hoffen, daß nach der schlechten Ernte des vergangenen Jahres aus den Ansätzen, die sich nach dem Winter 1948 zeigen - unsere Wintersaat steht wunderbar - damit zu rechnen ist, daß wir diesmal eine bessere Ernte haben werden und daß die Verbesserung der Ernte die Erhöhung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bringen wird, damit wir möglichst bald die Bewirtschaftung abbauen und schließlich völlig einstellen können. Jedenfalls: Was bisher aufgerufen wurde, wird wohl teilweise verspätet, aber restlos erfüllt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Als erster Redner in der Debatte zeigte GR. Lauscher (KPÖ) mit Hilfe einiger Zahlen auf, daß die Eigenaufbringung nicht funktioniert. So ist z.B. nach den letzten Berichten des Gartenbau- und Kartoffelwirtschaftsverbandes die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Obst und Gemüse im Jahre 1947 viel schlechter gewesen als 1946. An Gemüse wurden im Jahre 1946 63.400, im Jahre 1947 aber nur 34.600 t nach Wien geliefert. Bei der Fleischversorgung ist es ähnlich. Obwohl der Rinderbestand nur um 16% und der offizielle Schweinebestand nur um 53% geringer ist als im Frieden, betrug der Fleischverbrauch der Wiener Bevölkerung nur ca. 7% der Jahre 1935 und 1936. Im Jahre 1947 wurden der Bevölkerung 20 Stück Eier zugewiesen, von denen aber tatsächlich nur 17 Stück zur Verteilung gelangten. Nach dem offiziellen Hühnerbestand hätten aber auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1947 44 Stück entfallen müssen. Die Steigerung der Eigenaufbringung ist daher dringend geboten. Daß dies möglich ist, beweist die Belieferung des Schwarzen Marktes.

Im Jahre 1948 werden wir mit größeren Lebensmittelimporten nicht rechnen können. In der Marshall-Hilfe sind nur 150 Millionen Dollar für die Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln vorgesehen.

Die Österreichische Regierung hat errechnet, daß bei Aufrechterhaltung der 1800 Kalorien-Basis allein für die Einfuhr von Lebensmitteln 173 Millionen Dollar notwendig wären.

Es muß daher unbedingt getrachtet werden, die Produktion der österreichischen Landwirtschaft zu steigern und aus ihr mehr Lebensmittel aufzubringen. Der Wiener Gemeinderat solle daher von den zuständigen Stellen energisch fordern, daß alles getan wird, um die Ernährungslage der Wiener Bevölkerung wesentlich zu verbessern.

Die Forderung nach Erhöhung der Agrarpreise ist mit einer der Ursachen, daß die Bauern heute ihre Produkte zurückhalten. Es ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann, daß der Bauer für seine Produkte verhältnismäßig zu wenig bekommt, aber zwischen den Bauern und den städtischen Konsumenten schieben sich die Großhändler, Großverteiler und Wirtschaftsverbände, die die Lebensmittelpreise um fast 100 Prozent verteuern. Der Bauer soll den gerechten Preis für seine Produkte bekommen, wir lehnen es aber entschieden ab, daß man sie auf Kosten der städtischen Bevölkerung saniert. Es gibt eine andere Lösung, nämlich Senkung der Industriepreise, bevorzugte Belieferung ablieferungsfreudiger Bauern mit den dringlichsten Industriewaren sowie Ausschaltung des Zwischenhandels. Wir Kommunisten schlagen die Bildung von Absatzgenossenschaften für die Bauern, von Konsumentengenossenschaften und die Ausschaltung jedes Zwischenhandels vor.

In der Organisation des österreichischen Ernährungsdienstes bestehen noch immer große Mängel, so vor allem die Zweigeleisigkeit des Landwirtschafts- und des Ernährungsministeriums.

Die Aufbringungsausschüsse mußten versagen, weil sie nicht entsprechend mit Konsumentenvertretern besetzt wurden und nicht die notwendigen Vollmachten hatten, um wirklich durchgreifen zu können.

Im Interesse der Sicherung der Ernährung wäre eine Kommunalisierung der Lebensmittelgroßindustrie erforderlich. Wenn der Kampf der Gemeindeverwaltung für eine Verbesserung und Sicherung der Ernährung im Jahre 1948 mehr Erfolg als im Jahre 1947 haben soll, dann müssen auch die Vorschläge, die unsere Fraktion wiederholt gemacht hat, mehr Berücksichtigung finden.

GR. Ing. Dworak (ÖVP) unterstrich den Standpunkt des Referenten, daß der Hunger nicht zu politischen Geschäften benützt werden dürfe. Alle Österreicher hätten nach der Befreiung die Verpflichtung übernommen, am Aufbau mitzuarbeiten. Die Auffassungen der ÖVP wären aber grundverschieden von denen, die die KPÖ-Minderheit vertritt. Sie darf jedenfalls nicht so aussehen, daß man gegen den Ernährungsreferenten dieser Stadt ständig unberechtigte Angriffe führt. Alle Österreicher erinnern sich wohl dankbar jener Zeit, als die Stalinspende und die russische Zufuhr über die ersten Tage des Hungers hinweggeholfen haben. Es erhebt sich nun die Frage, warum die KPÖ nicht auch später alles unternommen hat, um so, wie es bei den anderen Besatzungsmächten der Fall ist, weitere Lebensmittellieferungen zu erwirken. Unter dem Titel "Deutsches Eigentum" wurde eine ungeheure Anzahl von österreichischem Grund und Boden der österreichischen Wirtschaft entzogen. Es gibt heute keine Großgrundbesitzer mehr, die Esterhaszy heißen, denn beim heutigen Großgrundbesitz fehlt Österreich jeder Einfluß auf die Ablieferung.

Der Redner bezeichnete sich als Vertreter der Wiener Bauernschaft und erinnerte an die Zeit nach der Befreiung, wo es die Wiener Bauern und die Wiener Milchmeier waren, die als erste ihre Produkte den Spitälern und den Säuglingen zur Verfügung stellten. Alles wurde aufgewendet, um so rasch als möglich wenigstens für Kinder und Mütter das notwendigste Gemüse zu beschaffen. Es wäre daher verfehlt, die Bauernschaft, samt und sonders als Saboteure zu bezeichnen. Es ist nicht so, daß die GR. Ing. Dworak kam dann auf die Sorgen der Wiener Gärtnerschaft zu sprechen, deren Boden infolge Mangel an Dünger immer weniger trägt, während daneben in den Wiener Kanälen Millionenwerte an Dünger vorbeifließen. Es wäre daher notwendig, entsprechende Kläranlagen zu bauen. Auch dem Futtermangel der Milchmeier könnte durch Einführung einer organisierten Sammlung von Küchenabfällen sehr geholfen werden. Ferner forderte der Redner die Einführung eines Flurschutzes, der den Ertrag der Felder zur Zeit der Reife vor unberechtigten Zugriffen schützen sollte.

Der Redner richtete sodann an die kommunistischen Gemeinderäte die Bitte, bei ihrer Bruderpartei der Besatzungsmacht zu intervenieren, damit die 30.000 Hektar Grund der österreichischen Bauernschaft und

reichischen Verwaltung zurückgegeben werden. Die SPÖ-Fraktion ersuchte er, ihren Einfluß dahin wirken zu lassen, daß die Wiener Landwirtschaft auch genügend Arbeitskräfte bekommt.

GR. Antonie Alt (SPÖ) hob die schwere Aufgabe des Stadtrates Sigmund hervor und dankte ihm, seinen Beamten und auch den Beamten des Marktamtes für ihr aufopferungsvolles Wirken für das Wohl der Bevölkerung. (Allgemeiner Beifall.)

Vor einigen Monaten habe unter den Wiener Hausfrauen große Freude über die Erhöhung der Zucker- und Fettmengen geherrscht. Doch sind diese schon wieder herabgesetzt worden und auch der Fleischaufruf entspricht nicht den Erfordernissen. Die Arbeitsniederlegungen in den Betrieben haben gezeigt, daß die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichend ist. Wenn die Arbeiter nicht satt werden, wie sollen sie ihr Arbeitspensum erfüllen können?

Die Ursache der schlechten Lebensmittelaufbringung liegt in der Profitgier und in der Verantwortungslosigkeit gewisser Kreise. Man komme uns nicht mit der Klage, daß es der Bauernschaft nicht besser gehe. Wir gönnen den Bauern ihre bessere Ernährung, sie leisten schwere Arbeit. Sie können sich aber auch die benötigten Textilien und Schuhe mit Hilfe ihrer Erzeugnisse eintauschen. Der Arbeiter hat keine Möglichkeit sich Lebensmittel einzutauschen, weil er keine Bekleidungsstücke mehr zum Tauschen hat.

Man sollte jetzt schon ausreichende Vorsorge zur Erfassung der kommenden Ernte treffen. GR. Alt verlangte die Schaffung ortsfremder Aufbringungsausschüsse, die Schulung der Ortsausschüsse und Ernährungsinspektoren. Die Worte des Herrn Vizebürgermeisters Weinberger in der gestrigen Gemeinderatssitzung, mit denen er an die Bauernschaft wegen besserer Lebensmittelaufbringung appellierte, sollte man auf dem Lande plakatieren.

Wir müssen alle gemeinsam trachten, den Engpaß in der Ernährung endlich zu überwinden. (Allgemeiner starker Beifall.)

Stadtrat Sigmund bemerkte in seinem Schlußwort, daß die Landwirtschaft wohl mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Hier ist besonders die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Stadt zu erwähnen.

Auch der Mangel an Dünger hat die Produktion unserer Landwirtschaftsbetriebe äußerst ungünstig beeinflusst. Der Ertrag unserer Wiener Gärten ist dadurch wesentlich zurückgegangen. Wir haben versucht, den derzeit auf zwei Müllablagerungsstätten ungenützt lagernden Müll der Dünger-Bereitung zuzuführen. Die Schaffung von Kläranlagen würde zu große Mittel beanspruchen. Es ist in den letzten Wochen gelungen, 700 m³ hochwertigen Naturdünger herzustellen. Wenn die Mittel zum Ausbau der Gewinnungsanlagen zur Verfügung stehen würden, könnten monatlich durchschnittlich 1000 m³ erzeugt werden.

Die von GR. Dworschak angeregte Aktion der Sammlung von Abfällen für die Milchmeier, hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil die Wiener Bevölkerung jetzt die Abfallstoffe selbst sammelt, um Hasen oder Ziegen zu füttern. Deshalb wurden Rayone bestimmt, in denen die Milchmeier berechtigt sein sollten, die Abfälle zu sammeln. Obwohl es früher hieß, daß die Kühe diese Abfälle nicht fressen, ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß der Durchschnitt der Milchablieferung in Wien und in den Randgemeinden 3.6 Liter beträgt, während er im übrigen Österreich knapp um einen Liter ausmacht.

Den Ausführungen des GR. Leuscher darüber, daß die Ernährung ungenügend sei, gab Stadtrat Sigmund seine Zustimmung, wendete sich aber gegen die Auffassung, daß vor allem die Großbauern und Großgrundbesitzer ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkämen.

Daß jedoch auch die Kleinbauern nicht restlos abliefern, zeigte Stadtrat Sigmund an Hand eines Beispiels. In einer Mühle wurde anlässlich einer Kontrolle festgestellt, daß dort schwarz gemahlen wurde. Der Müller hatte auch darüber genau Buch geführt und die Aufzeichnungen fielen den Kontrollorganen in die Hände. Während alle Bauern dieses Ortes vorher gegen die Höhe des Kontingents protestiert und behauptet hätten, es sei unmöglich zu erfüllen, wurden nach Bekanntwerden der Kontrolle die Kontingente nicht nur erfüllt, sondern sogar überschritten, weil man sich dadurch eine bessere Behandlung sichern wollte.

Die Schwierigkeiten in der Gemüseversorgung werden durch einen Bericht des Marktamtes unterstrichen, dem zufolge in der Zeit vom 28. September bis 31. Oktober 1947 in der Viktualienhalle der Großmarkthalle insgesamt 260.835 kg Gemüse angeliefert wurden. Davon mußten an nichtösterreichische Verbraucher 203.862 kg, das sind 78,2 Prozent abgegeben werden. (lebhaftes Hört! Hört-Rufe!) Kompensationen im Inlande sind nach Stabilisierung der Währung nicht mehr zugänglich. Es geht nicht an, Mangelwaren nur gegen Mangelwaren abzugeben. (Zustimmung.) Daher wurde auch dem sogenannten Glasvertrag der Wiener Gärtner nicht zugestimmt, nach dem die Brunner Glasfabrik für die Abgabe von Glas Gemüselieferungen bekommen sollte. Das Jahr 1935 zeigt eine Inlandsaufbringung von 217.000 und einen Auslandsimport von 440.000 Schweinen. Heute steht einer geregelten Schweineaufzucht in Österreich vor allem das Fehlen von Kraftfutter entgegen. Was früher die Schweine verbraucht haben, verbraucht heute bei einer Getreideausmahlung von 95 bis 96 Prozent die Bevölkerung. Mit der Behauptung der schlechten Milchablieferung hat GR. Lauscher recht. Die Landwirtschaft verbraucht jetzt selbst mehr als früher. Zu der Forderung des GR. Lauscher auf Kommunalisierung der Nahrungsmittel-Großindustrie führt Redner aus: Ich bekenne mich mit meiner Partei zu dem Programm, daß gewisse Zweige der Wirtschaft, wenn sie zur Kommunalisierung oder Verstaatlichung reif sind, vorgesellschaftet werden sollen. Vorläufig fehlen aber sowohl die gesetzlichen als auch die sachlichen Voraussetzungen dafür. Vor allem sind die Eigentumsverhältnisse vollständig ungeklärt.

Mit dem Versprechen weiterhin alles unternehmen zu wollen, um das Ernährungswesen der Stadt Wien soweit als möglich zur Zufriedenheit der Wiener Bevölkerung zu leiten, schloß Stadtrat Sigmund unter allgemeinen lebhaften Beifall seine Ausführungen.